

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Viertes Jahr - Nr. 1 : Januar 2009



Resolution Demonstration vom 10 Dez. 2008, dem inter- nationalen Tag der Menschen- rechte

Am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, kamen wir zusammen und protestierten gegen die Verletzungen der Menschenrechte im IRAN.

Am 10. Dez. 2003, am gleichen Tag, haben mutige iranische Asylsuchende mit radikalsten Mitteln für ihre Menschenrechte, sprich Asylrechte, gekämpft. Mit einem Hungerstreik haben sie darauf aufmerksam gemacht, dass das islamische Regime im IRAN ihnen keine Sicherheit garantiert. **Seite 2**



Besetzung der Predigerkirche: Protest gegen die Asylpolitik im Kanton Zürich

Forderung nach mehr Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit

Gegen 150 Papierlose, unter ihnen auch einige Frauen und Kinder, haben am 19. Dezember die Predigerkirche in Zürich besetzt. Sie wollen mit ihrer Aktion auf die Situation jener Ausländer aufmerksam machen, die ohne gültige Ausweispapiere in der Schweiz leben.

Organisiert wurde die Aktion vom Zürcher Bleiberecht-Kollektiv. Die Flüchtlinge sind aus Iran, Irak, Afghanistan, Kongo, Angola, Kolumbien und anderen Ländern der Dritten Welt.

Die Besetzung der Zürcher Predigerkirche ist am 4. Januar zu Ende gegangen. Die Sans-Papiers räumten die Kirche und zogen in die Kirche St. Jakob beim Stauffacher um.

Seiten 3, 4



Iran: Studenten protestieren gegen Diktatur und für Demokratie

Seite 6



UNO – Stop Schikane gegen FrauenrechtsaktivistInnen

Seite 7



Iranischer Anwalt erhält Menschenrechtspreis

Seite 7



Irans Atomprogramm; Alles ist viel schlimmer als gedacht

Seite 8

Iran ist kein Rechtsstaat!

Resolution

Demonstration vom 10 Dez. 2008, dem internationalen Tag der Menschenrechte, gegen die Islamische Republik Iran in Zürich

Am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, kamen wir zusammen und protestierten gegen die Verletzungen der Menschenrechte im IRAN.

Am 10. Dez. 2003, am gleichen Tag, haben mutige iranische Asylsuchende mit radikalsten Mitteln für ihre Menschenrechte, sprich Asylrechte, gekämpft. Mit einem Hungerstreik haben sie darauf aufmerksam gemacht, dass das islamische Regime im IRAN ihnen keine Sicherheit garantiert. Der 10. Dez. 2003 stellte einen Neuenfang des Widerstands der iranischen Flüchtlinge und Asylsuchenden dar. Wir werden diesen Tag jedes Jahr am gleichen Ort ehren.

Wir sind die iranischen Asylsuchenden und Flüchtlinge, Opfer des brutalen iranischen Regimes. Diese iranische Regierung hat hundertfünfzigtausend Oppositionelle umgebracht und einige Tausende Personen sind verschwunden. Der Justizminister bestätigt: „Wir haben zur Zeit siebenhundertfünfzigtausend Gefangene“. Diese Regierung hat Intellektuelle, Schriftsteller und Kritiken umgebracht. Es finden öffentliche Hinrichtungen und Steinigung von Frauen statt. Das soziale Leben der Frauen wird massiv eingeschnitten, soziale Bewegungen wie die Frauenbewegung werden unterdrückt usw. Was im Moment im IRAN läuft, ist ein dunkles Kapitel seiner Geschichte.

Die Organisation DVF verlangt mit dieser Resolution:

- Wir verlangen von den schweizerischen Behörden, offiziell bekanntzugeben, dass der IRAN kein sicheres Land für die iranischen Flüchtlinge und Asylsuchenden (politisch Aktiven) ist.
- Die Aufnahme aller iranischen Asylsuchenden in der Schweiz, solange das unterdrückerische islamische Regime im IRAN regiert.

- Wir verlangen von den schweizerischen Behörden, die Unterstützung aller Kräfte im Iran und Exil, die für Menschenrechte, individuelle Freiheit, Geschlechtergleichheit und eine säkulare Demokratie eintreten.
- Freiheit ohne jegliche Bedingungen für alle politischen Gefangenen im IRAN.
- Die Entsendung einer internationalen Delegation zur Untersuchung der Umstände um die Massenhinrichtungen in den vergangenen Jahren sowie um die Studentenermordungen.
- Wir verlangen die Verurteilung aller Verantwortlichen des Regimes, die diese Verbrechen verübt haben. Wir sind der Meinung, dass alle Fraktionen des Regimes daran beteiligt sind. Wir sind des Weiteren der Meinung, dass die Errichtung eines internationalen Tribunals gegen die Verbrechen des Regimes und gegen dessen Kollaborateure einen angemessenen Schritt darstellt. Wir unterstützen diese Forderung aus vollen Kräften.
- Wir verlangen soziale Rechte für alle Völker, Arbeiter, Bauern, Frauen, Kinder und das Rechte auf Selbstbestimmung für alle Völker. Wir werden dieses Recht verteidigen.
- Wir setzen uns für den Sturz der Islamischen Republik Iran ein und streben ein demokratisches System im IRAN an.

Wir fordern alle Menschen, die Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit lieben und alle Institutionen, welche die Menschenrechte verteidigen, auf, unsere Bewegung gegen die Islamische Republik Iran zu unterstützen.

Demokratische Vereinigung der Flüchtlinge (DVF)



Iran ist kein Rechtsstaat!

Besetzung der Predigerkirche: Protest gegen die Asylpolitik der Kanton Zürich



Das Bleiberecht-Kollektiv, das diese Aktion zusammen mit anderen Gruppierungen organisiert hat, hat es auf ihrer Forderungen so beschrieben hat;

“ Das Asyl- und Ausländergesetz wird in den Kantonen unterschiedlich angewendet und wirkt sich fatal auf die Rechte von asylsuchenden Menschen aus. Die Rede ist von den Härtefällen und der Nothilfe.

Seit dem 1. Januar 2007 können die Kantone für alle Personen aus dem Asylbereich (auch für abgewiesene Asylsuchende) beim Bundesamt für Migration in Bern einen Antrag auf Erteilung einer Jahresaufenthaltsbewilligung stellen.

Polizeidirektor Hans Hollenstein (CVP) hat die Härtefallregelung bisher praktisch nie angewendet.

Die Forderung der Kirchenbesetzer

Der Kanton Zürich wird aufgefordert, seinen Handlungsspielraum zu nutzen und Asylsuchende, die sich während 5 Jahren korrekt in der Schweiz aufgehalten haben, zu regularisieren. Auch bei Nothilfepraxis, diese restriktive und unmenschliche Form der Nothilfe im Kanton Zürich unverzüglich zu verbessern.“

Kirchenbesetzung in Zürich zu Ende

Die Besetzung der Zürcher Predigerkirche ist am Sonntag, den 4 Januar zu Ende gegangen. Die Sans-Papiers räumten die Kirche und zogen in die Kirche St. Jakob beim Stauffacher um. Dort können sie bis Mittwochabend bleiben.

In die Kirche St. Jakob umgezogen seien 60 bis 70 der Papierlosen, teilte das Bleiberecht-Komitee mit. Dies entspricht noch knapp der Hälfte der 150 Personen, welche die Kirchenbesetzung am 19. Dezember begonnen hatten. Vor dem Auszug

hätten die Sans-Papiers den Boden der Kirche gereinigt und die Toiletten geputzt, schreibt das Komitee.

Am Montag, den 5 Januar wird eine Delegation der Sans-Papiers unter der Leitung von Kircheratspräsident Ruedi Reich den Zürcher Regierungsrat Hans Hollenstein (CVP) zu einer Aussprache treffen. Hollenstein hatte sich unter der Bedingung zu Gesprächen bereit erklärt, dass die Predigerkirche geräumt werde.



Am 3 Januar hatten die Papierlosen und ihre Sympathisanten ihren Anliegen mit einer Demonstration durch die Zürcher Innenstadt Nachdruck verliehen. Nach Angaben des Bleiberecht-Kollektivs nahmen rund 2500 Personen daran teil.

Mit ihrer Aktion wollen die Sans-Papiers konkrete Zusagen für bessere Lebensbedingungen durchsetzen. Vor allem fordern sie eine «humane und unbürokratische Umsetzung der gesetzlich verankerten Härtefallregelung», aber auch die Aufhebung des Arbeitsverbotes.

Bei der Umsetzung der Härtefallregelung wie auch bei der Ausgestaltung der Nothilfe könne Regierungsrat Hollenstein Verbesserungen in die Wege leiten und schnell umsetzen, ist das Bleiberecht-Kollektiv überzeugt.

An einer Medienkonferenz des Bleiberecht-Komitees hatte der auf Asylrecht spezialisierte Rechtsanwalt Marc Spescha darauf hingewiesen, dass der Kanton Zürich im Gegensatz zu anderen Kantonen bisher auf die Möglichkeit verzichtet habe, beim Bund Härtefall-Gesuche zu stellen.



«Es fehlt eine einheitliche Praxis für Härtefälle»



Zürich brauche eine Härtefallkommission, fordern links-grüne Politiker. Auch der Präsident der Zürcher CVP findet die Idee sinnvoll. Wie sie funktionieren könnte, macht Luzern vor.

Die Fronten zwischen den Besetzern der Prediger-Kirche in Zürich und den Kantonsbehörden sind verhärtet. Ein Streitpunkt ist die Härtefallpraxis des Kantons. «In dieser Situation könnte eine breit abgestützte Härtefallkommission als Puffer wirken und auch Druck vom kantonalen Migrationsamt wegnehmen», sagt Myrtha Welti, die von 2005 bis 2007 auf Bundesebene die Arbeitsgruppe Sans Papiers geleitet hat. Sie hofft, Härtefallkommissionen könnten dazu beitragen, dass sich landesweit eine einheitlichere Praxis herausbilde. Denn die grossen Unterschiede zwischen den Kantonen seien problematisch. Zürich gilt als sehr restriktiv.

Härtefallkommissionen gibt es bisher in Basel, Luzern und Neuenburg. Sie haben keine Entscheidungskompetenzen, können den kantonalen Behörden aber empfehlen oder beantragen, Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen.

Wie Myrtha Welti bemängelt Heidi Duss: «Es fehlt an einer einheitlichen Praxis für Härtefälle.» Zwar bestimmt die Härtefallklausel im Asylgesetz, dass ein Gesuchsteller mindestens fünf Jahre in der Schweiz gelebt haben muss, nie untergetaucht sein darf und «wegen der fortgeschrittenen Integration ein schwerer persönlicher Härtefall» vorliegen muss. Nicht klar festgelegt ist aber zum Beispiel, welche Dokumente ein Gesuchsteller vorlegen muss, um sich zu identifizieren.

Das Luzerner Amt für Migration und die Härtefallkommission sind sich in dieser Frage noch uneins. Bis heute könne aber eine tibetische oder afrikanische Identitätskarte ausreichen, wenn es keinen Grund gebe, eine Identität anzuzweifeln, sagt Duss. Das Zürcher Migrationsamt hingegen verlangt einen Pass, was die Besetzer der Prediger-Kirche als zu strenge Anforderung betrachten.

Forderung nach Härtefallkommission in Kanton Zürich

In einer Solidaritätserklärung mit den Sans Papiers sprachen sich gestern über 80 links-grüne Zürcher Politiker für eine kantonale Härtefallkommission aus. Der Zürcher Regierungsrat hatte schon 1999 eine solche Kommission eingesetzt, 2002 aber wieder aufgelöst. Als Hauptgrund nannte er damals, dass «die Entscheidungskompetenzen auf Bundesebene angesiedelt sind». Das hat sich inzwischen geändert: Seit 2007 können die Kantone gestützt auf das Asylgesetz Härtefallbewilligungen erteilen, wenn der Bund zustimmt.

«Wir erwarten, dass die Regierung die Kommission wieder einsetzt», sagt Esther Guyer, Fraktionspräsidentin der Grünen. Wenn dies nicht geschehe, «müssen wir versuchen, eine möglichst grosse Koalition zusammenzubringen». Guyer sucht ausserhalb des links-grünen Lagers Verbündete bei der CVP, EVP, EDU und den Grünliberalen.

Der Zürcher CVP-Präsident Martin Arnold beurteilt den Vorschlag einer Härtefallkommission als sinnvoll. Längerfristig müsse aber das chronisch unterdotierte Migrationsamt aufgestockt werden.



Teilerfolg für die Delegation der Sans-Papiers nach dem Treffen mit Regierungsrat

Der Zürcher Regierungsrat Hans Hollenstein will sich für die Schaffung einer Härtefall-Kommission einsetzen.

Stefan Schlegel vom Bleiberecht-Kollektiv bezeichnete die Bildung einer Härtefall-Kommission als «einzigsten positiven Punkt». Sonst sei das Gespräch aber enttäuschend verlaufen.

Hollenstein sei ihnen auch bei der Ausgestaltung der Nothilfe keinen Schritt entgegengekommen, sagte Schlegel. Er kritisierte etwa, dass die Nothilfe in Form von Migros-Gutscheine ausgerichtet wird, und die Tatsache, dass die Papierlosen jede Woche die Unterkunft wechseln müssen. «Wir sind auch besorgt, dass die Bedingungen für eine Anerkennung als Härtefall nicht gelockert werden.»



Mahdi Rezaei-Tazik

Bericht über die Besetzung der Prediger-Kirche

Die seit Jahren in der Schweiz lebenden Sans-Papiers haben die Prediger-Kirche besetzt, um die Öffentlichkeit auf ihre prekäre Lage aufmerksam zu machen. Dies kann als eine logische Konsequenz betrachtet werden! Seit der Besetzung der Grossmünster-Kirche im letzten Jahr hat sich die Lage der Sans-Papiers nicht verbessert und auch keine Änderung in der Politik der Regierung des Kantons Zürich ist erfolgt.

Viele Gruppen aus verschiedenen Nationen haben an dieser Aktion teilgenommen. Über 80 VertreterInnen der SP, Grünen, CSP, und AL haben sich mit den Besetzern solidarisiert.

Die Sans-Papiers, die Benachteiligten dieser Gesellschaft, haben die Kirche besetzt mit der Hoffnung, dass diese auf der Seite der Armen und Obdachlosen ist. Folgende Forderungen haben sie an die Regierung gestellt:

- 1- Die Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Härtefallregelung. ¹
- 2- Aufhebung des Arbeitsverbotes.
- 3- Papier für alle! Schluss mit der Kriminalisierung!

Nachdem die Delegation der Gruppen mit den Kirchenbehörden ins Gespräch gekommen ist, ist allen klar geworden, dass die Kirche sich überhaupt nicht mit der Situation anfreunden will. „Der Druck auf uns ist gross und unsere Leute gehören den verschiedenen politischen Strömungen an“, ist das, was die Besetzer von den Behörden der Kirche erfahren haben. Zudem wurde Pfarrer Sieber vom Durchführen einer Veranstaltung in der besetzten Kirche abgeraten.

Situation der Sans-Papiers

Die Mehrheit der Sans-Papiers ist seit Jahren in der Schweiz. Einigen von ihnen hatten nie die Gelegenheit zu arbeiten. Einige von ihnen haben gearbeitet, Steuern bezahlt und sind später wegen dem Entzug ihres Ausweises in die „Illegalität“ geraten. Sie müssen Tag für Tag zum Sozialamt, um Migros-Gutscheine abzuholen. Das wird ausgeübt, um sie psychisch zu unterdrücken, damit sich die Sans-Papiers vor den Kassen der Migros

unsicher zu fühlen. Die Notunterkünfte befinden sich ausserhalb der Stadt. So wird ihnen auch das Geld für den Öffentlichen Verkehr entzogen. Auf diese Weise werden sie immer mehr von der einheimischen Bevölkerung isoliert. Einigen von ihnen wurden geographische Beschränkungen angeordnet. Z.B in Kanton GR dürfen die Sans-Papiers sich nicht mehr als 30 km von der Notunterkunft entfernen. Die Schikane der wöchentlichen Zuweisung einer anderen Unterkunft für Asyl Suchende mit NEE (Nichteintretensentscheid) oder mit abgewiesenem Asyl ist unerträglich.

Prozess

Den Sans-Papiers wurde zu Beginn ein Gespräch mit Herrn Hollenstein am 5. Januar 2009 unter der Bedingung einer sofortigen Beendigung der Besetzung vorgeschlagen, was die Sans-Papiers allerdings abgelehnt hatten. „Uns wurden im Vorjahr genügend leere Worte versprochen. Wir haben seither abermals versucht mit Herrn Hollenstein eine Lösung zu finden, bisher ohne Erfolg. Heute benötigen wir eine Lösung und keine weiteren leeren Versprechen“, sagten die BesetzerInnen der Kirche. Aber da die Medien die Sans-Papiers wiederholt als „kompromisslos“ präsentierten, haben die Sans-Papiers ein Angebot des Pfarrers der Stauffacher-Kirche angenommen und sich entschieden, als Gäste in diese Kirche umzuziehen und das Gespräch anzunehmen.

Solidarität

DVF fordert die Solidarität aller Schweizer und Schweizerinnen, Menschenrechtsorganisationen und Institutionen und bittet sie, sich für die menschlichen und gesetzlichen Forderungen der Sans-Papiers einzusetzen. Allen Sans-Papiers soll ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden!

¹ Seit dem 1. Januar 2007 können die Kantone für alle Personen aus dem Asylbereich (auch für abgewiesene Asyl Suchende) beim Bundesamt für Migration in Bern einen Antrag auf Erteilung einer Jahresaufenthaltsbewilligung stellen.

Voraussetzungen sind:

Mindestens 5 Jahre Aufenthalt in der Schweiz, ein guter Leumund und das Vorliegen eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalles.

Iran: Studenten protestieren gegen Diktatur und für Demokratie



3000 Studenten aus verschiedenen Hochschulen haben sich am Sonntag, den 7. Dezember vor der Teheraner Universität versammelt, um gegen Ungerechtigkeit und gegen die herrschende Diktatur in ihrem Land und in ihrem Leben zu protestieren. Die Versammlung erinnerte an den „Studententag“, in Gedenken an einen Tag vor 50 Jahren, an dem die Polizei des Schah's die Studenten angriff. Iranische Studenten in der ganzen islamischen Republik und auch ausserhalb des Landes haben schon lange den Anlass genutzt, um zur politischen Freiheit aufzurufen und ihre Stimmen für ihren Kampf gegen die Diktatur zu erheben. Zuerst richteten die Proteste gegen den vom Westen unterstützten Schah, nun gehen sie gegen den fundamentalistischen Islam, der von Mahmoud Ahmadinejad angeführt wird.

Trotz der starken Anwesenheit von Polizei und Sicherheitskräften durchbrachen die Studenten am Sonntag ein verschlossenes Tor, damit weitere Demonstranten zu ihnen auf das Universitätsgelände gelangen konnten.

Auf dieser Kundgebung forderten die Studenten grundlegende demokratische Rechte, wie Redefreiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit. Eine weibliche Studentin sprach über die „männliche Apartheid“ in den Universitäten des Landes.

In der ca. dreistündigen Versammlung trugen die Studenten Plakate mit verschiedenen Parolen. Auf einem Plakat stand: „Demokratie im Iran – Frieden auf der Welt“.

Als der Demonstrationzug in Richtung Eingangstor der Universität kam, riefen die

Studenten Parolen gegen die Regierung, das Verhalten der Polizei und gegen Ahmadinejad.

Ein langjähriges Mitglied einer der grössten Studentenorganisationen (Organisation der kompakten Einheit), sagte, dass ungefähr 3000 Studenten an der Kundgebung teilnahmen.

Zum Ende der Kundgebung begann eine Gruppe von Studenten mit Sprechchören gegen den früheren Präsidenten Seyed Mohammad Khatami. Khatami, der das Land von 1997 bis 2005 regierte, sollte an einem Treffen mit den Studenten teilnehmen, erschien jedoch nicht und verschob das Treffen auf einen späteren Tag.

Die Demonstranten schrien Parolen wie „Nieder mit der Diktatur“ und lieferten sich Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften.



Tränengas in der Boali Sina Universität in Hamadan

Die Staatliche Sicherheitspolizei setzte Tränengas ein, um eine Demonstration der Studenten der

Boali Sina Universität in der westlichen Stadt Hamedan aufzulösen. Doch die Studenten leisten heftigen Widerstand und riefen Parolen gegen die Regierung und sangen Lieder, die in Verbindung mit früheren Studentenprotesten standen.

Im diesem Jahr fand der Studententag in vielen Universitäten im ganzen Land statt. Dabei wurde demonstriert, Anti-Regierungsparolen gerufen und eine Entlassung von inhaftierten Studenten gefordert.

Iran: Studenten bekommen Todesdrohungen wegen der Teilnahme am Studententag

Die Sicherheitskräfte der Mullahs haben den Studentenaktivisten damit gedroht, sie zu töten, weil sie in der Shiraz Universität im südlichen Iran an den Studentenprotesten (im Rahmen des jährlichen Studententages) teilgenommen haben.

Sie haben berichtet, dass sie eine Erklärung geschickt bekommen, in der unter anderem steht: „Ihr müsst für eure Sünde sterben.“ Die Studenten sind nun zur Zielscheibe für die Wut der Mullahs in Hinblick auf die sich ausweitenden Proteste am Studententag geworden, die auch für Aufmerksamkeit bei der ansässigen Bevölkerung gesorgt hat.

UNO – Stop Schikane gegen FrauenrechtsaktivistInnen



Der Iran soll einem Internationalen Abkommen zustimmen, das das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung festlegt

Genf - U.N. Menschenrechtsbeauftragte riefen dazu auf, Razzien gegen FrauenrechtsaktivistInnen, die für einen gleichberechtigten Status im Iran eintreten, zu beenden.

"Während der letzten zwei Jahre waren KämpferInnen für Frauenrechte mit zunehmend schwierigen Situationen und Behinderungen in Bezug auf ihre gewaltlosen Aktivitäten konfrontiert", meinten zwei unabhängige Expertinnen.

"Viele friedliche Demonstrantinnen wurden verhaftet oder werden mit Androhung auf eine Gefängnisstrafe verfolgt", so Margaret Sekaggya, U.N. Sonderbeauftragte und Yankin Erturk, Sonderberichterstatterin gegen Gewalt an Frauen. Duzende der AktivistInnen sind bereits seit einer Kampagne im Jahre 2006 inhaftiert. Diese Kampagne thematisierte die abweisende Haltung des iranischen Rechts gegenüber Rechten für Frauen in Belangen wie Ehescheidungen und Sorgerechte für Kinder.

Der U.N. Menschenrechtsrat forderte nun den Iran auf dem Internationalen Abkommen, das das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung festlegt, zuzustimmen. Der Iran ist eines von 163 Ländern, das dieses Abkommen ratifizieren soll.

Situation für Frauen im Iran laut Amnesty "nicht rosig"

Grainne Nebois-Zeman vom Amnesty International-Netzwerk für Frauenrechte kann am 60. Jahrestag der Proklamation der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für Frauen im Iran "kein rosiges Bild" malen. Frauen werden in der islamischen Republik immer noch diskriminiert, so Nebois-Zeman.



Iranischer Anwalt erhält Menschenrechtspreis



Der iranische Rechtsanwalt Abdolfattah Soltani erhält den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis 2009.

"Er hat kostenlos Menschen verteidigt, die im Iran vor Gericht standen, weil sie sich gegen die Verletzung der Menschenrechte ausgesprochen und sich für die Demokratie im Iran eingesetzt haben", sagte das Komitee.

Der 55-Jährige ist mehrfach selbst im Gefängnis gewesen, schikaniert und sein Leben bedroht worden. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis soll am 27. September 2009 verliehen werden.

"Ziel unserer Menschenrechtsaktivitäten ist, den Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf die zu lenken, die sich im Licht dieser Öffentlichkeit sicherer fühlen als zuvor", sagte Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD). Der Preis sichere Soltani und dem von ihm mitbegründeten, inzwischen aber als illegale Organisation verbotenem "Zentrum für Menschenrechtsverteidigung" zusätzlichen Schutz. Die Auszeichnung gelte aber zugleich auch den vielen ungenannten Menschen, die sich zum Teil unter hohem persönlichen Risiko für Menschenrechte einsetzten, betonte Maly.

Soltani wurde von der international besetzten Jury einstimmig unter fünf Kandidaten ausgewählt. "Ein Rechtsanwalt im Iran hat nur das Recht, den Mund zu halten", begründete das französische Jury-Mitglied Daniel Jacoby die Wahl. So wurde Soltani unter anderem bereits inhaftiert, weil er vor Gericht gesagt hatte, dass einige seiner Mandanten im Gefängnis gefoltert worden waren.

Die Stadt Nürnberg will nun in den nächsten zwei Jahren den Fokus auf die Menschenrechtssituation im Iran lenken, wo Folter den Angaben zufolge noch immer an der Tagesordnung ist. Zugleich sollen sich die Aktivitäten aber auch mit der reichen Kultur und Geschichte des Landes auseinandersetzen.



Europa soll Iran unter Druck setzen

Damit könnte die Nuklearmacht des Landes geschwächt werden. Laut Experten ist Europa in der Lage das Regime im Iran zu beeinflussen. Europa soll seine Anstrengungen verstärken, um den Iran am möglichen Bau von Nuklearwaffen zu hindern.



Mit dieser Aufforderung appellierte Emanuele Ottolenghi, Direktor des Transatlantic Instituts in Brüssel, an die europäischen Staaten.

Europa habe dafür zahlreiche und unterschiedliche Mittel in der Hand. Es könne seine Importe in den Iran einschränken, die Vergabe von Einreise-Visa restriktiver handhaben, oder etwa iranischen Fliegern die Landung auf europäischem Boden verweigern. "Europa ist in einer einzigartigen Position, das Regime im Iran zu beeinflussen", so der Politikwissenschaftler.

Europa sei Irans primärer Handelspartner, meinte Ottolenghi. 40 Prozent seiner Importe beziehe der Staat in Vorderasien von europäischen Handelspartnern. So seien europäische Unternehmen massgeblich daran beteiligt, den Iran bei der Nutzbarmachung und dem Transport seines Erdgases zu unterstützen. Auch sein Benzin beziehe das Land massgeblich von europäischen Unternehmen. Kürzungen in diesen Bereichen könnte Europa als "Druckmittel" gegen das Regime nutzen.

Druck auf das Regime

"Das Land (Iran) ist kein Bild von Stabilität", sagte Ottolenghi. Streiks, Aufstände und Demonstrationen einer unzufriedenen Bevölkerung - wegen einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation im Land - könnten den Einfluss des Regimes im Land reduzieren.

Einzelne Massnahmen würden zwar noch nicht einen Stopp des Iran-Nuklearprogramms bedeuten, jedoch "der Effekt aller Massnahmen über die Zeit", betonte der Iran-Experte. Das Land sei eine "Bedrohung", auch für europäische Interessen.



Irans Atomprogramm; Alles ist viel schlimmer als gedacht

Die Schlussfolgerungen über Irans Atomprogramm, die von US-Analysezentren für den designierten Präsidenten Barack Obama gemacht wurden, sind mehr als überraschend.

Die Situation, die mit der Schaffung eines eigenen nuklearen Zyklus in Iran zu tun hat (dieser Zyklus öffnet Teheran das Tor zum Bau von Atomwaffen) sei nicht so schlecht, wie gedacht, sondern viel schlimmer, verlauteten die US-Experten.

Den neuesten Informationen der Zentren zufolge bleibt uns nichts anderes übrig, als aus zwei Optionen zu wählen. Entweder müssen wir damit einverstanden sein, dass in sechs Monaten Iran genug Uran haben wird, um eine eigene Atombombe bauen zu können, oder wir werden darüber aus einer offiziellen Mitteilung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO) erfahren müssen. Der Grund dazu lieferte der letzte Jahresbericht des IAEO-Chefs Mohamed ElBaradei.

ElBaradei sagte in einem Interview, dass Iran definitiv die Atomwaffentechnologie will.

Die US-Expertengemeinschaft hat diese Tatsache anerkannt und spaltete sich sofort in zwei Fraktionen - in Pessimisten und in relative Optimisten. Der ehemalige amerikanische UN-Botschafter John Bolton, stellvertretend für die erste Fraktion, rechnet damit, dass es nichts mehr in der Welt gibt, was Iran noch daran hindern könnte, eine Atommacht zu werden. Die zweite Fraktion sucht die Rettung auf dem Wege der Diplomatie.

Bolton vertritt die Meinung, dass sowohl George W. Bush als auch Barack Obama sehr viel darüber gesprochen haben, dass ein atomwaffenbesitzendes Iran für die Vereinigten Staaten inakzeptabel sei. Doch keiner von ihnen verfügt über die Mittel, um diese Position in die Tat umzusetzen.